

Dezember 2015

Klaus Ness ist tot DIE LINKE trauert um SPD-Fraktionsvorsitzenden

Klaus Ness war eine der großen Gestalten der brandenburgischen Sozialdemokratie. Er hat unser Land in einem Maße geprägt wie nur wenige. Er war ein Mann der Weitsicht, der Nüchternheit und des Verantwortungsbewusstseins. Dass es in Brandenburg zur rot-roten Koalition kam und dass sie gut und erfolgreich arbeitet, war sehr wesentlich ein Verdienst von Klaus Ness. Wir haben einen zuverlässigen engen Partner, manche von uns auch einen persönlichen Freund verloren.

Als Klaus Ness 1962 in der Stahlarbeiterstadt Peine (Niedersachsen) geboren wurde, stand die SPD im Begriff, die Idee von Wandel durch Annäherung auszuarbeiten und die Entspannungspolitik einzuleiten. Als er in die Schule kam, hatte die Studentenbewegung die kulturelle Modernisierung der Bundesrepublik eingeleitet und Willy Brandt, der erste sozialdemokratische Bundeskanzler, ging daran, die aufgestauten Träume und Erwartungen an eine soziale Demokratie in politische Praxis zu übersetzen. Als Jugendlicher erlebte Klaus Ness den "Deutschen Herbst" - er erlebte einerseits, in welcher brutale Menschenverachtung Radikalismus und Extremismus abgleiten können, und sah andererseits, welche harte

Entscheidungen mit staatsmännischer Verantwortung verbunden sein können. In dieser Zeit, genau an seinem 15. Geburtstag, trat er in die SPD ein.



Dies war auch die Zeit, in der die Stahlkrise seiner Heimatstadt an die Gurgel ging. Bis Mitte der 80er Jahre - Klaus Ness war zu der Zeit Student der Erziehungswissenschaften - ging nahezu die Hälfte der Stahl-Arbeitsplätze in Peine verloren, Hochöfen wurden stillgelegt. Wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Mühen des Strukturwandels hatte Klaus Ness erlebt, bevor er 1991 nach Brandenburg kam.

Klaus Ness hat zeit seines Lebens die Sozialdemokratie als eine Kraft verstanden, die die Gesellschaft prägen, strategische Linien zeichnen, soziale wie ideologische Abwege

verhindern und vor allem politisch gestalten muss. Der Kampf gegen Menschenverachtung und Gewaltbereitschaft, gegen Nazis in Bomberjacken wie gegen Rechtspopulisten im feinen Zwirn, ließ ihn niemals los.

Für Klaus Ness bezog die Sozialdemokratie ihre politische und kulturelle Kraft sowohl aus dem Versprechen der Aufstiegsmöglichkeit für jede und jeden, aus dem Mut, dafür zu kämpfen, - und aus der Fähigkeit, das als notwendig Angesehene und das als richtig Erkannte auch praktisch umzusetzen. Sozialdemokratie - das hieß für Klaus Ness auch: gutes Regieren. Gute Entscheidungen gut umgesetzt: "Verliebtsein ins Gelingen" - so nannte er das.

Auf diesem Wege wurde der politische Mensch Klaus Ness zu einem Brandenburger. Hier fand er - in seiner Partei, aber auch im Naturell der Menschen dieses Landes - seine Heimat und schließlich auch seine Liebe. Klaus Ness verstand sowohl West wie Ost sehr genau - aber wenn man mit ihm sprach, sprach man mit einem Brandenburger und einem Sozialen Demokraten. Er war einer von uns. Sein Tod hat uns in Herz und Verstand getroffen.

**Ralf Christoffers
und Thomas Falkner**

Landtag unterstützt Bündnis für Brandenburg Christoffers betont: „Wir können das!“



Wenige Tage nach der breit aufgestellten Integrationskonferenz, die vom neu geschaffenen Bündnis für Brandenburg getragen wurde, richtete der Landtag in einer Aktuellen Stunde den Blick auf die Situation der nach Brandenburg geflohenen Menschen und auf deren Perspektiven. Linksfraktions-Chef Ralf Christoffers erklärte, 2016 werde das erste Jahr der Integration. Damit rücke eine Herausforderung ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit, „die uns wohl für lange Zeit beschäftigen wird - und die von je her das Schlüsselthema der Linken in der Gesellschaft ist: die soziale Integration, der soziale Zusammenhalt.“

DIE LINKE werde es nicht zulassen, dass dabei eine Sozial- und

Wirtschaftspolitik betrieben wird, die verschiedene soziale Gruppen im Land gegeneinander ausspielt. Das Ziel der sozialen Integration richte sich auf jene, die jetzt neu in unser Land kommen - und genauso auf jene, die hier seit Generationen ihren Lebensmittelpunkt haben.

Christoffers betonte: „Wir können das.“ Sei es bei der deutschen Vereinigung, sei es bei der Aufnahme der Jugoslawien-Flüchtlinge in den 90er Jahren - stets könne man sowohl auf positive Erfahrungen wie auch auf Schlussfolgerungen zurück greifen, die aus Fehlern zu ziehen gewesen seien. Für Brandenburg gelte vor diesem Hintergrund: „Was die Koalition sich vorgenommen hat, was sie 2009 und

2014 zusammengeführt hat, wird sich jetzt in größerem Maßstab bewähren. Nicht mehr nur für eine weithin alternde, schrumpfende Bevölkerung - sondern für eine Gesellschaft mit Zulauf, mit größerer kultureller Vielfalt.“ Das Erlernen der deutschen Sprache, Zugang zu Bildung und Arbeit, soziale Standards für alle sowie Respekt, Aufgeschlossenheit und Toleranz seien die Schlüssel zu gelingender Integration.

Zugleich komme es jetzt auf ganz neue Weise auf die innere Kraft der Gesellschaft als Ganzes an - und genau deswegen sei „die Bildung des Bündnisses für Brandenburg als Bündnis für Integration ein wichtiger, ein ermutigender Schritt.“ Von der Wirtschaft und den Gewerkschaften bis zu den Kirchen, von CDU über Grüne bis SPD und LINKE - alle engagierten sich dort, die Integration tragen und gewährleisten können. „Das Bündnis ist auch der - öffentliche - Raum, in dem Kritik besprochen, Forderungen erhoben und dann vor allem Lösungen gefunden werden“, betonte der Fraktionsvorsitzende. Gerade das Wort der Willkommens-Initiativen, gerade ihre Erfahrungen und Schlussfolgerungen, hätten da zentrale Bedeutung.

Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender

Ein Plan für die Spree – Maßnahmen gegen Verockerung und Sulfate

Die bergbaubedingte Verockerung der Spree ist in den letzten Jahren zu einem gravierenden ökologischen Problem in der Lausitz geworden. Zusätzlich ist der Sulfatgehalt der Spree angestiegen, so dass die Einhaltung der Trinkwassergrenzwerte in Frankfurt und in Berlin in Frage steht. Das Sofortprogramm der Landesregierung gegen die Verockerung hat wichtige Erfolge gezeigt - vor allem beim Schutz des Spreewalds. Jetzt gilt es,

die weiteren Maßnahmen langfristig zu planen, die Einträge möglichst schon an den Quellen zu vermeiden, Maßnahmen gegen Sulfat und Verockerung aufeinander abzustimmen, sowohl den Sanierungsbergbau als auch den aktiven Bergbau einzubeziehen und eine enge Abstimmung sowohl mit Sachsen als auch mit Berlin vorzunehmen. In einem Entschließungsantrag nehmen die Koalitionsfraktionen die Forderungen des Aktionsbündnisses

Klare Spree und der Naturschutzverbände auf und beauftragen die Landesregierung, einen strategischen Gesamtplan zum Schutz der Spree aufzustellen, der die oben genannten Anforderungen erfüllt. Bestandteil des Plans soll auch die Festlegung von realistisch erreichbaren Zielwerten für Sulfat und Eisen sein.

Anke Schwarzenberg
agrarpolitische Sprecherin

Erste konkrete Schritte zu längerem gemeinsamen Lernen



Seit vielen Jahren kämpft DIE LINKE für ein gerechteres und qualitativ besseres Schulsystem. Ziel ist es, allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, besonderen Lernbedürfnissen, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen – die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu geben, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln. Dazu ist ein bildungspolitischer Paradigmenwechsel in der Richtung notwendig, dass jedes

Kind willkommen ist und es optimal gefördert wird, niemand zurückgelassen und niemand beschämt wird.

Auf dem langen Weg zu diesem Ziel sind wir in Brandenburg nun einen Schritt weiter gekommen. Auf Antrag von SPD und LINKE hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, bis zum Sommer 2016 ein Konzept zu Stärkung von Schulzentren vorzulegen. Diese Schulzentren sind eine Kooperation aus Grundschulen und weiterführenden Schulen (Oberschule, Gesamtschule oder auch Gym-

nasium), in denen von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss gemeinsam gelernt werden kann. Wir wollen damit Schulstandorte – gerade auch kleiner Schulen – sichern und durch die Abstimmung und Kooperation von Primar- und Sekundarstufe bessere individuelle Lernbedingungen erreichen.

Die Schulzentren können dabei nicht nur alle Bildungsgänge anbieten, sie sind auch ein Baustein für ein inklusives Schulsystem. Gleichzeitig ermutigen wir Schulen und Schulträger, sich ebenfalls auf den Weg zum Schulzentrum zu machen. Dabei wird das Land mit dem Kommunalen Investitionsprogramm und den darin vorgesehenen rund 25 Mio. Euro für bauliche Maßnahmen an Schulzentren Unterstützung bieten. Wenn das Konzept vorliegt, werden wir zügig die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um längeres gemeinsames Lernen in Brandenburg mehr und mehr Realität werden zu lassen.

Kathrin Dannenberg
Bildungspolitische Sprecherin

Inklusion in Brandenburg vorantreiben!

Aus Sicht der LINKEN ist es eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Das gilt insbesondere auch für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen. Die 2007 beschlossene UN-Behindertenrechtskonvention sagt dazu ganz klar folgendes aus: „Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.“

Wir haben daher auch in Brandenburg die Verpflichtung, Inklusion in allen Bereichen voranzutreiben. In der

Bildung war Brandenburg hier mal ein Vorreiter, wir haben mit dem neuen Rahmenlehrplan, mit der Inklusionspädagogik an der Uni Potsdam oder dem Pilotprojekt „Inklusive Grundschule) einiges angestoßen. Nachdem die Entwicklung hin zum einem inklusiven Schulsystem in den vergangenen Monaten leider etwas stagnierte, hat die Koalition von SPD und LINKE nun den nächsten wichtigen Schritt getan. Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, bis zum 2. Quartal 2016 ein Konzept zu erarbeiten, wie Inklusion im Bereich Bildung fortgeführt und ausgebaut werden soll. Dabei geht es neben den Pilotschulen für Inklusion auch um den

gemeinsamen Unterricht. Das Konzept soll Aussagen darüber treffen, wie die Rahmenbedingungen für Inklusion verbessert werden können und wie Inklusion qualitativ und quantitativ ausgebaut werden kann. Außerdem soll Bezug genommen werden auf bereits vorhandene Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates Inklusion.

Auch unserer Sicht ist dieses Konzept dringend nötig und sollte in konkreten Maßnahmen münden, wie wir die Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem vorantreiben können.

Kathrin Dannenberg
Bildungspolitische Sprecherin

Älterwerden und Ältersein in Brandenburg – neue Leitlinien zur Seniorenpolitik

Wir haben in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen mit den Leitlinien für Seniorenpolitik und mit dem Seniorenpolitischen Maßnahmenpaket „Aktives Altern in Brandenburg“ gemacht. Daran wollen wir mit dem Beschluss zur Umsetzung neuer Leitlinien der Seniorenpolitik anknüpfen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen die Potenziale Älterer erkannt und gefördert werden. Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen sind der Anspruch, dem wir uns stellen wollen.

Aktives Altern braucht landespolitische und landesrechtliche Voraussetzungen. Dabei geht es einerseits darum, die Potenziale Älterer für die Zivilgesellschaft zu nutzen, andererseits müssen aber auch altersbezogene Klischees abgebaut und das eigenständige Leben älterer Menschen durch Verbesserungen in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld, Infrastruktur, Gesundheit und Pflege u.a.m. befördert werden. Hinzu kommen neue Herausforderungen, wie die Berücksich-

tigung der besonderen Belange von älteren Flüchtlingen und Migranten.

Der Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V. hat uns für diese Legislaturperiode seniorenpolitische Forderungen mit auf den Weg gegeben. Wer, wenn nicht die Betroffenen selbst, wissen am besten, welche Voraussetzungen für aktives Älterwerden und Ältersein in Brandenburg notwendig sind.

Beispielsweise nehmen Seniorenbeiräte in den Landkreisen und kreisfreien Städten als Interessenvertreter der Älteren vor Ort Einfluss auf die Entwicklung und Planung einer altersverträglichen Infrastruktur in der Kommune.

Für ein Leben in Würde und aktive gesellschaftliche Teilhabe ist auch im Alter ein entsprechendes Einkommen notwendig. Der Grundstein dafür wird im Erwerbsleben gelegt. Die Durchschnittsrente in Brandenburg ist laut Paritätischem Wohlfahrtsverband von 800 auf 770 Euro gesunken. Für viele, die jetzt in Rente gehen, ist Altersarmut ein sehr konkretes Problem.

Gründe sind gebrochene Erwerbsbiografien und die Ausweitung des Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Der Landtag Brandenburg hat sich zur aktiven und zielgerichteten Bekämpfung von Armut bekannt. Aber hier sind vor allem auf Bundesebene zwingend Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vonnöten, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Die Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland ist überfällig.

Mit dem Beschluss zur Fortschreibung und Umsetzung neuer Leitlinien der Seniorenpolitik wollen wir Seniorinnen und Senioren aktiv in die Mitgestaltung der Gesellschaft einbeziehen und die Rahmenbedingungen für eine aktive Lebensgestaltung bis ins hohe Alter schaffen.

René Wilke

Seniorenpolitischer Sprecher

Auftragsverwaltung für Bundesfernstraßen erhalten!

Die Bundesregierung hat vor, mit einem Gesetzentwurf der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft weitere Aufgaben und Zuständigkeiten zu übertragen. Damit steht im Raum, dass die Auftragsverwaltung für die Bundesstraßen und Autobahnen durch die Länder abgeschafft werden soll.

Die Bundesregierung will nun die Gründung einer Infrastrukturgeellschaft zur Bewirtschaftung des Bundesfernstraßennetzes bzw. der Bundesautobahnen, in die alle entsprechenden Haushaltsgelder fließen. Dabei soll privates Kapital für den Stra-

ßenbau mobilisiert werden – was zur Folge hat, dass der Bund für sichere Renditen der Geldgeber sorgen wird. Damit einher würde dann die Zerschlagung funktionierender Planungs- und Verwaltungseinheiten der Länder – so auch in Brandenburg – gehen. Der volkswirtschaftliche Nutzen steht unseres Erachtens in den Sternen!

Wir in Brandenburg haben umfangreiche Erfahrungen mit ÖPP. Nicht von ungefähr hat sich die rot-rote Koalition gegen diese Modelle gestellt.

Es geht zum einen darum, klar zu machen, dass wir in den Ländern die

Auftragsverwaltung behalten wollen und müssen. Zugleich wollen wir nicht, dass der Steuerzahler in Millionenhöhe zur Kasse gebeten wird. In Zeiten niedriger Zinsen sollte die öffentliche Hand für gute Investitionen sorgen. Gewinngarantien für Anleger in öffentliche Infrastruktur ist offenbar der Ausweg. Soweit darf es nicht kommen! Deshalb ist unsere Forderung, dieses Vorhaben einfach einzustellen.

Anita Tack

Verkehrspolitische Sprecherin